Die Revolution von Oben

General Ludendorff
über
Das Kriegsende und die Vorgänge beim Waffenstillstand

Aufsehen erregende Enthüllungen!

60 Pfennig

Ludendorff weist nach, daß die Revolution von den höchsten Regierungsstellen in Berlin gewollt war und mit schmählichem Ränkespiel von den ungetreuen Ratgebern des Kaisers eingeleitet wurde.

Wie der Kaiser getäuscht und warum Ludendorff entlassen wurde?

Die
Revolution von Oben

General Ludendorff
über
Das Kriegsende und die Vorgänge beim Waffenstillstand

Zwei Vorträge



Verlag von Karl Rohm in Lorch (Württbg.)

Zum Dauerbezug empfohlen:

„Völkischer Herold“

Wochenblatt
für vaterländische Politik und Wirtschaft

*

Hauptgeschäftsstelle in Lorch (Württ.)
Zweiggeschäftsstelle in München 38, Zuccalistr. 3.

*

Bezugspreis monatlich 70 Pfennig.

*

Man bestellt den Völkischen Herold beim Postamt
oder
wenn Bezug unter Kreuzband gewünscht wird,
bei einer der Geschäftsstellen.

Preis der vorliegenden Broschüre „Die Revolution von Oben“ beim Einzelbezug 60 Pfennig.

Für die Zwecke der Verbreitung hat die Verlagshandlung eine besondere Volksausgabe hergestellt, die zu folgenden Preisen (jedoch nicht weniger als 10 Stück) abgegeben wird:

10 Stück Mark 2.50, 100 Stück Mark 20.—, 1000 Stück Mark 150.—.

Im gleichen Verlag ist erschienen:

Die Tragödie von Spaa.

Des Kaisers Entthronung durch den Prinzen Max von Baden am 9. November 1918.

Nach amtlichen Berichten des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, Generaloberst v. Plessen, Staatssekretär v. Hintze, General Freiherr v. Marschall und General Graf Schulenburg.

Preis 15 Pfennig.

Die Revolution von Oben

General Ludendorff

über

Das Kriegsende und die Vorgänge beim Waffenstillstand



Presse-Bericht über

Zwei Vorträge

gehalten im Deutsch-völkischen Offiziersbund in München.



Verlag von Karl Rohm in Lorch (Württemberg)

1926.

Druck der Verlags- und
Handelsdruckerei G. m. b. H.
Lorch (Württemberg).



Vorwort.

Nachfolgend veröffentlichen wir durch Sonderdruck den Presse-Bericht des „Völkischen Herolds“ über die Vorträge, die General Ludendorff am 12. Januar und am 23. Februar 1926 im Deutschvölkischen Offiziersbund, Kreisverband München, gehalten hat. Se. Exzellenz hat gestattet, daß dieser Zeitungsbericht unverändert, so wie er aus der Feder unseres Berichterstatters geflossen ist, als Sonderdruck erscheint.

Von dieser Erlaubnis Gebrauch machend, hoffen wir, dem deutschen Volke einen Dienst zu leisten durch die Verbreitung der reinen Wahrheit über die Vorgänge beim Kriegsende. Sie werden manchem deutschen Manne helfen, sich zurechtzufinden in dem politischen Wirrsal der Gegenwart; denn die Kräfte, die den schmählichen Waffenstillstand, die Revolution und den Friedensvertrag herbeigeführt haben, sind heute noch tätig, um ihr Werk des Verrates durchzuhalten, bis die Ziele und Absichten der überstaatlichen Mächte erreicht sind und jene „deutschen“ Männer, die dazu die Hände gereicht haben, davor gesichert sind, der rächenden Nemesis zu verfallen.

Die Schriftleitung
des „Völkischen Herolds“.



Vortrag am 12. Januar 1926

Über das Kriegsende.

Einleitend gedachte General Ludendorff der bevorstehenden Reichsgründungsfeiern vom 18. Januar und betonte, daß das Reich auf den Schlachtfeldern von 1870/71 gegründet worden ist: „Die Reichsgründung lag, wenn man so sagen darf, in der Luft. Bismarck mit dem deutschen Kaiser und König Wilhelm an der Spitze führte nur das aus, was das deutsche Volk ersehnte und erhoffte. Was Bismarck damals geschaffen hat, war das, was er zu erreichen für möglich hielt. Sein Reich blieb aber, und das hat sich mir immer mehr aufgedrängt, eigentlich eine G. m. b. H. Es war auch Bismarck nicht gegeben, aus dem deutschen Volk ein wirklich geschlossenes Volk zu bilden; daß dem so war, hat der Weltkrieg zur Genüge gezeigt. Es waren nicht nur die Bundesstaaten, die auseinanderstrebten, sondern die beiden überstaatlichen Mächte, von denen ich oft genug gesprochen habe, verhinderten, daß dieses Reich die Festigkeit bekam, die es haben mußte.

Als ich in die Oberste Heeresleitung eintrat, kam z. B. General von Lossow, der in der Türkei war, zu mir und sagte: „Eine solche Verfassung auch im Heere, könne nicht bleiben!“ Er sprach sich dabei scharf gegen ein eigenes bayerisches Kontingent aus. In der Tat

war die Verfassung des Reiches kein Kriegsinstrument. Ich bin fest überzeugt, daß wenn der Krieg siegreich beendet worden wäre, die Bismarck'sche Verfassung durch die Wucht der Ereignisse weiter geführt worden wäre. Denn wir müssen bedenken, daß vor dem Reich zuerst der Staatenbund von 1815, dann nach 66 der Norddeutsche Bund und die Südstaaten waren, in der Richtung des Zusammenschlusses wäre das Deutsche Reich weiter geführt worden. Heute sehen wir, wie weit der Gedanke des Zusammenschlusses schon gediehen war. Durch den Krieg machte sich nun eine entgegengesetzte Tendenz bemerkbar, die wir hier in Bayern ganz besonders fühlen, die bundesstaatliche Stellung ganz besonders zu betonen und das Reich, das keine Spitze hat, auseinander zu ziehen.

Als ich im Jahre 1920/21 hierher kam, wurde der 18. Januar gefeiert. Allmählich — in den Jahren 1922/23 — ließ das nach und jetzt wird Bismarck hervorgeholt, um die Eigenart, die Stammeseigentümlichkeiten zu betonen, um das Reich wieder in die Form des Staatenbundes zu zerlegen. Die Einheit des Reiches wurde auch vorher schon verkörpert, wenn wir auch verschiedene Kontingente hatten, durch die Armee, namentlich aber auch durch die Marine. Gerade diese Wirkung wollen wir, die wir die Tradition des alten Heeres wirklich weiter führen wollen, stärken, d. h. wir wollen eintreten für die geschlossene Einheit des Reiches, nicht allein für eine Einheit, so wie sie Bismarck als Notbehelf geschaffen hat, sondern darüber hinausgehend. Selbstverständlich will auch ich keine Gewalt, aber ich möchte so weit die geschichtliche Entwickelung beeinflussen, daß das deutsche Volk und die deutschen Stämme nicht auseinander streben, wie es in Bayern versucht wird, sondern ich rede das Wort einem engen Zusammenschluß der Stämme, um wirklich auf diese Weise ein Volk zu bilden, das später einmal den Stürmen seines Geschickes Stand hält. Ich würde dankbar sein, wenn Sie im gleichen Sinne wirken würden. Ich glaube, dann

begeht das deutsche Volk den Reichsgedenktag in richtiger Weise."

General Ludendorff gab nun die Kundgebungen verschiedener norddeutscher Offiziersverbände zu seinem Konflikt mit Kronprinz Rupprecht bekannt und wies darauf hin, daß die Teile seines Regiments in Düsseldorf (Füsilierregiment 39) erst nach der Räumung zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen konnten. Die dortige Offiziersvereinigung habe schon im Oktober zum Ausdruck gebracht und zwar gegenüber dem General Krafft von Delmensingen, daß sie keine Veranlassung sähe, einen Offizier von den Verdiensten des Generals Ludendorff aus der Standesgemeinschaft auszuschließen. Diese Offiziere traten, wie sie erklärten, „neben ihren hochverehrten Chef und sehen sich zu ihrem Bedauern gezwungen, auch ihrerseits eine Standesgemeinschaft mit den kgl. Generälen und bayerischen Offiziersverbänden abzulehnen." Ferner gab General Ludendorff ein Schreiben bekannt, wonach diese Offiziere aus den Verbänden N.D.O. und D.O.B. austreten.

Gelegentlich seines Aufenthaltes in Breslau nahm General Ludendorff die Gelegenheit wahr, im Kreise von Offizieren über den Konflikt zu sprechen. Daraufhin faßten dortige Offiziere eine Erklärung, wonach „die unterzeichneten preußischen Offiziere in dem Konflikt eine untragbare Belastung der Einheitlichkeit des preußischen Offizierkorps erblicken. Sie verurteilen sowohl den Beschluß der 27 bayerischen Generäle, als auch die Erklärung der Offiziersverbände in Berlin." Sie träten hinter Exzellenz Ludendorff und sie gäben der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Konflikt in einer das Ehr- und Treugefühl des deutschen Offiziers befriedigenden Weise gelöst werden könne.

Zum Schluß betonte der General, daß die Stellungnahme des D.V.O. zu den Offiziersverbänden in einer vom General Aechter ausgearbeiteten Weisung veröffentlicht werde. In Ehrenangelegenheiten sei jeder Einzelne für

sich selbst verantwortlich. Diesen Grundsatz des alten Heeres solle man nicht aus den Augen verlieren.

Zu seinem eigentlichen Thema übergehend, führte nun General Ludendorff aus: „Der Dolchstoßprozeß, den wir hier erlebt haben, war weiter nichts, als eine traurige Komödie. Ich hatte geglaubt, daß eigentlich die Mehrheitssozialdemokratie an den Pranger gestellt werden sollte. Nun, sie ist ja durch die Geschichte an den Pranger gestellt worden, aber durch den Verlauf des Prozesses doch nicht so, wie es erforderlich gewesen wäre. Ich habe den Eindruck, daß Herr Coßmann den ganzen Prozeß nur als Reklame für seine „Süddeutschen Monatshefte“ gemacht habe, sonst hätte der Prozeß überhaupt keinen Sinn. Wir sind uns klar darüber, daß es sich nicht nur um den Dolchstoß der Sozialdemokratie handelt, sondern der schwarz-rot-gelben Parteien überhaupt. Darauf müssen wir immer hinweisen, so müssen wir den geschichtlichen Gang ansehen. Es war für mich eine große Genugtuung, daß sämtliche völkische Zeitungen darauf hingewiesen haben, wie der Zentrumsabgeordnete Nacken im November 1918 stolz bekannte: Die Revolution haben wir vom Zentrum gemacht! — Damals hatten die Leute noch kolossalen Mut und bekannten sich zur Revolution; jetzt sind sie unsicher und keiner will es gewesen sein! Dieses Wort wird auf die Julitage 1917 zurückgehen, als Erzberger den Bericht des Grafen Czernin in einer Versammlung seinen Freunden bekannt gab, die nun im Land herumreisten und nun die bereits durch die Friedensresolution schon erheblich eingerissene Flaumacherstimmung noch vertiefen, um die Richtigkeit der Friedensresolution zu beweisen. Also nicht um die Sozialdemokratie handelt es sich allein, sondern um die planmäßige Arbeit der überstaatlichen Mächte, verkörpert durch die schwarz-rot-gelben Parteien. Darum ist der Prozeß auch gar nicht auf die sogenannte Revolution von Oben eingegangen. Herr von Hintze hat sich ihrer gerühmt, bevor die Oberste Heeresleitung ihren Antrag auf ein Waffenstillstandsangebot gemacht hat. Sie ist in

den Tagen vom 26. bis 28. September beschlossen worden, und ich wiederhole das, was Herr von Hintze in der „Frankfurter Zeitung“ über den 28. September und die vorhergehenden Tage geschrieben hat:

„In dieser Situation zogen der Vizekanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen den einzig möglichen Schluß, daß durch rasches Handeln neben der Niederlage auch der Zusammenbruch im Innern verhindert werden könnte. Sie verabredeten Revolution von oben und sofortigen Friedensschluß.“

In dem amtlichen Weißbuch*) „Vorgeschichte zum Waffenstillstand“, unter Nr. 12, unterzeichnet von den drei Herren von Rosenberg, von Bergen und von Stumm ist dann auch gesagt:

„...... Das neue Kabinett soll alle Kräfte des Volkes auf breiter nationaler Grundlage zusammenfassen ....“

„...... Die auf diese Weise neugebildete Regierung würde im gegebenen Moment an den Präsidenten Wilson heranzutreten haben mit dem Ersuchen, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen .....“

Das war geschehen, bevor die Oberste Heeresleitung ihren Antrag auf ein Waffenstillstandsangebot stellte (29. September). Es ist eine ungeheuerliche Tatsache, daß Herr von Hintze am 29. früh der O.H.L. nicht die geringste Mitteilung machte, sondern nur seine Furcht vor der Revolution von unten ausdrückte. Es ist also ein ungeheuerliches Spiel mit der O.H.L. getrieben worden! Ich kann nur wieder an das Wort Rathenau's erinnern: „Es ist uns im letzten Augenblick noch gelungen, alle Schuld auf Ludendorff zu wälzen.“

---

*) Siehe die Entgegnung des Generals Ludendorff zu diesem amtlichen Weißbuch:

Heft 1: Die neutrale Friedensvermittelung.
Heft 2: Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot.
Heft 3: Das Verschieben der Verantwortlichkeit.
erschienen bei Mittler & Sohn, Berlin SW. 68 — 1919.

Ich habe ausgeführt, daß die O. H. L. den Entschluß zum Friedens- und Waffenstillstandsangebot gefaßt hat, weil sie sich sagte, das Volk wolle nicht weiter kämpfen aus dem Gedanken heraus: „wir könnten jeden Augenblick einen Versöhnungsfrieden haben, wenn der General Ludendorff nicht wäre!“ Da das Volk nicht weiter kämpfte, konnte auch das Heer auf die Dauer nicht weiter kämpfen, denn Volk und Heer waren absolut Eins. Das Heer konnte nur weiter kämpfen, wenn das Volk sich hierzu entschloß; dieses hätte es aber nur getan, wenn es sah, daß ein Versöhnungsfriede nicht zu erhalten war.

Ich habe meinen letzten Vortrag mit einem Hinweise auf die Rede des Reichskanzlers Prinz Max von Baden vom 5. Okt. geschlossen, in der dieser ausführte, daß, wenn die Feinde dem deutschen Volke einen ehrenvollen Frieden verweigerten, der Endkampf auf Leben und Tod geführt werden müsse und daß Herr Fehrenbach sich dieser Auffassung beinahe wörtlich anschloß.

Es ist eigenartig bei beiden Herren, daß sie dieses „Wenn“ gebrauchen. Die höchste Anstrengung war nicht erst im Weltkrieg gefordert, sondern schon seit der Reichsgründung und früher. Und nichts charakterisiert dieses vollständig unpolitische Denken, diese berühmte „Politik“ mehr, als gerade dieses Wort „wenn“. Für die O. H. L. kam es damals darauf an, ob der Reichskanzler den Willen zum Weiterkämpfen bekunden würde. Und das tat er. Ich habe gesagt, daß es der O. H. L. bitter ernst war mit dem Entschluß, weiter zu kämpfen und das Volk aufzurufen, sobald es erkannte: einen Versöhnungsfrieden bekommen wir nicht. Das war der Standpunkt der O. H. L.. Derjenige der Reichsleitung war aber innerlich: Friede um jeden Preis, nach Durchführung der Revolution von Oben. Nur gegenüber der O. H. L. tat sie stark.

Es mußte zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen der O. H. L. und der Reichsleitung kommen, in dem Augenblick, in dem jene über das Getriebe der Reichsleitung ein-

wandfreie Klarheit hatte, und sich die Wege beider trennten. Am 17. Oktober gingen diese Wege noch zusammen.

Ich habe von der Note gesprochen, die von Wilson beantwortet wurde; die Antwort war in der Nacht vom 7. auf 8. in Berlin eingetroffen. Sie enthielt nur die Forderung der Räumung der besetzten Gebiete vor Beginn der Verhandlungen, die selbstverständlich von außerordentlich hoher militärischer Bedeutung war. Am 9. Oktober fand eine Besprechung des „Kriegskabinetts“ in Berlin statt, zu der ich fuhr. Es war vielleicht ein Fehler meinerseits gewesen, daß ich während der Besprechung der ersten Note in Spaa geblieben war. Es waren damals noch recht heftige Kämpfe an der Front und Sie können sich die ungeheure Nervenbelastung vorstellen, wenn man auf der einen Seite Krieg führen muß und auf der andern Seite ein etwas unverständliches Salbadern anzuhören hat. Schon vor der Sitzung des „Kriegskabinetts“ am 9. Oktober hatte ich mit Prinz Max von Baden eine Besprechung unter vier Augen. Ich fragte ihn, welche Vorbereitungen getroffen wären, um das Volk aufzuklären, wenn die Verhandlungen mit Wilson sich zerschlagen würden. Daß sich Waffenstillstandsverhandlungen zerschlagen, ist nichts außergewöhnliches, sondern ganz natürlich. So lange ich keinen Vertrag abgeschlossen habe und nur verhandle, kann ich jederzeit die Verhandlungen abbrechen. Prinz Max von Baden wich dieser Frage aus — jedenfalls war noch nichts geschehen. Er forderte dagegen von mir, daß ich mich von dreien meiner Mitarbeiter trennen sollte! Das machte ich nicht! Damit war die Sache erledigt. In dieser Sitzung wurde ein unendlicher Fragebogen vorgelegt. Es ging daraus hervor, daß diese Leute absolut nicht militärisch denken konnten. Sie verlangten auf unmögliche Fragen bestimmt lautende Antworten. Und wenn man ihnen sagte, der Krieg ist eine eigene Sache, da bin ich nicht allein, da ist auch der Gegner da, dann antworteten sie mir: ich wiche aus! Als aber der General von Gallwitz berufen wurde und genau dasselbe sagte, war alles in schön-

ster Ordnung! Hier einige Fragen und deren Beantwortung, damit Sie sehen, wie ich damals die Lage ansah.

Die eine Frage lautete: „Wie lange kann die Armee den Feind jenseits der deutschen Grenzen halten, sei es in der jetzigen Stellung, sei es in allmählicher Rückwärtsbewegung?“

Darauf habe ich geantwortet: „Grenze die von der (heutigen) Westfront weit ab, können wir lange schützen, Angriff in Lothringen möglich, Gefahr für lothringische Grenze sehe ich jedoch nicht.“

Sie sehen, daß hier eine durchaus ruhige Beurteilung der Lage vorhanden war.

Ferner wurde gefragt: „Würde die O. H. L. empfehlen, daß wir die Forderung einer Räumung Belgiens und Frankreichs bedingungslos annähmen?“

Darauf ich: „Keine bedingungslose Annahme, sondern Gegenbedingungen!“

Frage: „Werden wir nach der Räumung in der Lage sein die Deutsch-französische Grenze zu halten, falls die Friedensverhandlungen scheitern und die Gegner von neuem zum Angriff übergehen?“

Antwort: „Wir sind in der Lage, die Grenze zu halten. Wir können deutsche Festungen nicht übergeben, Gegenforderungen müssen wir stellen!“

Frage: „Präsident Wilson könnte mit der Begründung, daß er Sicherheiten brauche, die Besetzung deutscher Festungen an unserer Westfront fordern. Würden wir gezwungen sein, solche Forderungen anzunehmen?“

Antwort: „Wir können deutsche Festungen nicht übergeben. Gegenforderungen müssen wir stellen. Die Forderung Metz zu räumen, geht gegen unsere militärische Ehre.“

Ich glaube daraus geht hervor, daß die Reichsleitung sich für ihre Schritte kaum auf eine katastrophale Stimmung der O. H. L. berufen konnte!

Eine besondere Rolle an diesem Tage spielt die sogenannte „Levée en masse.“ Rathenau hatte es für

gut befunden, in der „Vossischen Zeitung" einen Artikel zu veröffentlichen, wir müßten in Deutschland eine „Levée en masse" machen. Daß dies nichts anderes war als innere Unwahrhaftigkeit, steht für mich und für Sie alle fest. Er ging weiter und schickte zu mir einen seiner Direktoren und ließ mir sagen, er wäre bereit, jede Munitionsforderung durchzusetzen, ich solle mich nur von Oberst Bauer trennen. Auch damit war es wieder nichts! Sie sehen, wie Rathenau ein doppeltes Spiel spielt, uns gegenüber spielt er den nationalen Mann, sonst fördert er die Revolution. Dieses „Levée en masse" spielte eine bedeutende Rolle und mir wurde vorgeworfen, daß ich dafür gar nicht eingetreten sei. Das weist die Einleitung zur Vorgeschichte des Waffenstillstands nach: Der von Rathenau in der „Vossischen Zeitung" veröffentlichte Plan einer „Levée en masse" wird erörtert, aber fallen gelassen, weil die militärischen Stellen, „insbesondere Ludendorff", selbst nichts von ihr sich versprechen.

Diese „Levée en masse" hat dem Kriege 1870—71 ein besonderes Gepräge geben können. Damals hatte Frankreich nicht die allgemeine Wehrpflicht wie wir und es waren selbstverständlich in Frankreich sehr viele Militärtaugliche, die noch nicht ausgehoben waren. Diese konnte man durch eine „Levée en masse" zu den Fahnen berufen. Bei uns war im vierten Kriegsjahr diese Aushebung ja durchgeführt, nur Drückebergerei war möglich. Da hätte eine „Levée en masse" gar nichts genützt. Darum konnte ich sie auch nicht empfehlen, „da es keinen ausreichenden Kräftezuwachs bringt, wohl aber waren energische Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung und Erfassung des tatsächlich vorhandenen Menschenmaterials nötig." Da hatte es die Regierung stark fehlen lassen. Aber um das Volk irre zu führen, wurde es im Weißbuch so hingestellt, als ob eine „Levée en masse" eine wundervolle Sache sei, und daß ich mich dagegen ausgesprochen habe, weil ich die ganze Kriegslage als hoffnungslos angesehen habe!

Sie werden sich wundern, daß ich trotzdem zugestimmt habe, daß in der zweiten Note an Wilson wir doch Belgien und die französischen Gebiete räumen. Es sind mir daraus viele Vor-

würfe gemacht worden, die ich durchaus verstehen kann. Ich glaube aber, der Gang der Ereignisse hat mir recht gegeben. Denn wenn wir am 9. Oktober versucht hätten, die Verhandlungen wegen der Räumung zum Scheitern zu bringen, dann hätten wir im Volke nicht den Wiederhall gefunden, um es zu einer Erhebung zu bringen. Nicht zu einer Erhebung „en masse“, sondern um den Geist des Volkes so fest zu machen, daß alle noch vorhandenen Kämpfer an die Front gebracht werden konnten. Am 9. Oktober war noch nicht der Augenblick da, diesen Ausruf zu machen: „Also beißt in den sauren Apfel und stimmt zu!“ Ich habe zugestimmt, nicht für eine Räumung, wie wir sie nachher erlebt haben, sondern klar ausgesprochen, daß ich an eine Räumung gedacht habe, die vielleicht drei bis vier Monate in Anspruch genommen hätte. Auch hier möchte ich wieder zeigen, wie damals und auch später die Reichsregierung mich mit ihrer „Liebe“ beehrt hat. Ich war von Solf gefragt worden, ob die damals, am 9. 10., in Frankreich eingenommene Linie noch drei Monate gehalten werden könnte. Ich verneinte diese Frage. Das Weißbuch macht daraus, ich hätte ein Längeraushalten der Westfront verneint. Das ist wieder eine absichtliche grobe Täuschung. Die gesamte Front konnte lange gehalten werden. Für die Front in Frankreich konnte ich nicht garantieren. Sie sehen, wie die Leute jedes Wort verdrehen. Man muß diese Aufzeichnungen aufmerksam lesen, um all den Lug und Trug aufzudecken.

Jetzt kommt ein neues, ungeheuerliches Spiel des damaligen „Kriegskabinetts“, vor allem des Herrn Solf. Die Einleitung sagt so: „Die zweite Note des Präsidenten Wilson vom 15. 10. ist wesentlich schärfer. Die Bestürzung über diese Note in ganz Deutschland und namentlich ihre Wirkung auf das Heer ist offenbar groß. Der Widerspruch regt sich überall. Der Stolz bäumt sich auf und die O.H.L. möchte zurück!“

Die Note forderte verblümt die Preisgabe des U-Bootkrieges, also eines militärischen Machtmittels vor endgültiger

Klärung der Lage. Das war auch im Volksbewußtsein ein unmögliches Verlangen!

Nein, die O.H.L. wollte nicht zurück, sondern vorwärts. Und wie haben sie nun das Taschenspielerkunststück fertig gebracht? Noch bevor diese zweite Note von Wilson ankam, hat die O.H.L. klar und zielbewußt gefordert, das Volk zum Weiterkämpfen zu befähigen. Nachdem ich am 9. 10. mit Prinz Max gesprochen hatte und nun am 10. 10. wieder nichts geschehen war, hatte der Feldmarschall auf meinen Vorschlag hin ein Schreiben an Prinz Max gerichtet. Es ist sehr bezeichnend, daß dieses Schreiben in der Ausgabe 1919 der „Vorgeschichte des Waffenstillstandes" überhaupt keine Aufnahme gefunden hat. In der Ausgabe, die im vorigen Jahr erschienen ist, ist dieses Schreiben vom 14. Oktober hinter die Note gesetzt, um den Eindruck zu erwecken, unser Telegramm wäre die Folge der 2. Wilsonnote, während es damit garnichts zu tun hatte. Also der flüchtige Leser — die meisten Leser sind flüchtig — liest zuerst die Note, dann das Schreiben der O.H.L. und glaubt nun auch, daß es selbstverständlich erst nachher eingegangen sei. Aber es ist früher eingegangen in der zielbewußten Auffassung der Lage, das Volk zum Weiterkämpfen zu befähigen, wenn die Verhandlungen abgebrochen werden müßten und das Volk selber sehe, daß es einen Versöhnungsfrieden nicht bekommen konnte. Am 14. Oktober sandten wir dem Prinzen Max von Baden ein Telegramm, das der ernstesten Sorge Ausdruck gab und in dem wir vor den furchtbaren Folgen eines Friedens um jeden Preis warnten. Wir verlangten eine öffentliche Kundgebung mit der Forderung: Entweder ehrenvollen Frieden oder kämpfen bis zum Aeußersten!

Das war dieselbe Linie, die wir vom 29. September an eingehalten hatten. Dieses Telegramm war bereits verfaßt, als die Ausführungen des Staatssekretärs Erzberger in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" standen. Er war inzwischen zum Propagandachef ernannt worden und damit der Bock zum Gärtner gemacht, nur damit eine wirkliche Propaganda sabotiert wurde. Die

O. H. L. wirkte immer wieder auf die Reichsleitung ein, dem Volk den Ernst der Lage zu zeigen und es dann zum Endkampf zu bringen, nur dann finde das Heer die Kraft, der Uebermacht zu trotzen.

Schon in der Besprechung vom 16. 10. wird versucht, das Telegramm der O.H.L. herumzudrehen. Da bezeichnet Solf das Telegramm der O. H. L. als ein außerordentlich gefährliches Dokument. Zwischen den Zeilen lese man mehr als einen Appell an das deutsche Volk, nämlich den Versuch, die Verantwortlichkeit zu verschieben. Man müsse den Generalfeldmarschall bitten, solche Telegramme nicht mehr zu schicken! Scheidemann und Gröber gaben aber zu, daß dieses Telegramm schon früher, vor der zweiten Wilson-Note abgeschickt worden sei, jetzt biete der O. H. L. die Empörung der öffentlichen Meinung scheinbar ein Halt. Scheidemann erklärte ferner, der Ton der Note dürfe uns nicht irre machen, wir müßten versuchen, uns an die Stelle der Gegner zu versetzen, um den Tatbestand objektiv zu beurteilen! Dazu komme (sagte Scheidemann) das schreckliche Unglück mit einem Passagierdampfer (der torpediert wurde). Das wirke furchtbar aufreizend. Der U-Bootkrieg sollte sogleich aufhören. Die paar Schiffe, die man noch versenke, kämen nicht mehr in Betracht!!

Auch Herr Gröber sprach sich über alles Mögliche aus und sagte: „Was habe es für einen Zweck, wenn das Kabinett sich abmühe, Mittel zur Besserung der Lage zu finden und dann die wichtigsten Punkte nicht durchgeführt würden.“ Was versteht Herr Gröber in dieser verzweifelten Lage des Vaterlandes unter dem wichtigsten Punkt? Er meint die Amnestierung des Herrn — Liebknecht!

Ich war in dieser Sitzung nicht anwesend und habe erst nachher beim Friedensschluß davon erfahren; diese Tatsachen sind mir von meinem Vertreter Oberst v. Haeften nicht mitgeteilt worden, um meine Einstellung gegenüber der Reichsleitung nicht zu verschärfen.

Der letzte Satz der Note des Herrn Wilson bezieht sich auf die Revolution von oben. Es ist hier ein vollständiges Zusammenspiel zwischen den Schwarz-rot-gelben Parteien und denselben Leuten, die Wilson beeinflußten. Ich kann das nur andeuten, nicht darauf näher eingehen.

Die Anhörung anderer Heerführer über die Kriegslage hat in jenen Tagen eine große Rolle gespielt. Da habe die O.HL. sich auf den Standpunkt gestellt, daß es freilich sehr bequem wäre, wenn auch andere gehört würden, aber wir könnten uns von keinem Einzigen die Verantwortung abnehmen lassen. Wir tragen die Verantwortung und haben sie. Der Vizekanzler von Payer meinte, daß eine schriftliche Auskunft der anderen Heerführer nicht genüge. Ohne eine Aussprache mit ihnen im Kabinett könne dieses die Verantwortung vor dem Reiche nicht tragen. Auch müßte das Erscheinen der beiden obersten Heerführer veranlaßt werden. Ich war mittlerweile in Berlin eingetroffen. In der Sitzung sagte der Reichskanzler (11 Uhr 20) auch Seine Majestät hätte zugestimmt. Der General (Ludendorff) habe in großer Erregung geantwortet, dann würde er sofort seinen Abschied nehmen und mit ihm der Generalfeldmarschall v. Hindenburg. Es müsse jetzt erwogen werden, wie man sich zu diesen Folgen stellen soll. Man solle die Ausführungen Ludendorff's entgegennehmen und sich dann entscheiden. Solf meinte, das Vertrauen der Nationalliberalen Partei d. h. Herrn Stresemanns zu Ludendorff sei erschüttert. Scheidemann findet den Wunsch andere Heerführer zu hören, sehr begreiflich. Er müsse aber in einer Form erfüllt werden, die Hindenburg und Ludendorff jeden Anlaß nehmen, die angekündigten Folgerungen zu ziehen! Damit begnügte man sich.

So lange ich in der O. H. L. war, ist kein anderer Heerführer gefragt worden, weil das mit meiner Auffassung von Verantwortung untragbar war.

Das war die Vorbereitung zur Sitzung vom 17. Oktober, der letzten Sitzung, an der ich teilnahm und von der auch ein eingehendes Protokoll vorhanden ist. Es ist mit

den Protokollen, dieser Sitzungen eine eigene Sache. Nur dieses ist mir vorgelegt worden. Für alle übrigen kann ich keine Garantie übernehmen. Auch dieses bekam ich erst nach meiner Verabschiedung von dem damaligen Protokollführer und jetzigen Präsidenten des Reichsgerichts Simons. Sie haben aber schon gesehen, daß diese zweite Note nun doch so eingeschlagen hat, daß das Volk sich aufzuraffen schien und die Regierung wohl die Gelegenheit hatte, es aufzurufen, wenn überhaupt die Absicht dazu vorhanden war. General Ludendorff verliest nun, wie Herr von Payer diesen Eindruck der zweiten Note absolut klar und richtig beurteilte:

„Ich sehe nicht so schwarz wie Exzellenz Scheidemann. Man muß unterscheiden. Ich erinnere an die Stimmung des Sommers. Kein Mensch hat da gezweifelt, daß wir schließlich als Sieger aus dem Kriege hervorgehen, aber der Krieg war dem Volke verleidet, und die Stimmung war deshalb schlecht."

Dann fährt Payer fort: „Bei der Erkenntnis, daß wir als Nation auch wirtschaftlich zu Grunde gerichtet werden können, sagt sich jeder: müssen wir das erdulden oder gibt es eine Möglichkeit das abzuwenden? Wenn wir den Leuten sagen: es gibt eine Möglichkeit das abzuwenden, wenn ihr nur durchhaltet. Wenn ihr aber nicht noch ein paar Wochen durchhalten könnt, dann müßt ihr damit rechnen, daß Deutschland halb und halb aus dem Kreise der Nationen gestrichen wird. Ihr müßt mit einer Belastung durch Entschädigungen rechnen, die uns erdrücken wird, — dann könnte man sie noch einmal hoch bekommen....."

„Der Vizekanzler hatte mir, so führte Ludendorff ferner aus, aus der Seele gesprochen. Aber es fragt sich: wie packen wirs an? Reißen wir das Volk hoch, es muß gelingen!" Hier ging die Reichsleitung mit der O. H. L. vollständig zusammen. Es fragte sich nur, wird die Reichsleitung diesen Aufruf erlassen, ist es ihr Ernst mit der nationalen Verteidigung oder hat sie mit dem deutschen Volk nur Schindluder getrieben? In dieser Sitzung vom 17. Oktober hielt die Stimmung an und

ich wurde am Schlusse derselben von allen Staatssekretären beglückwünscht, daß ich sie aufgerichtet hätte; ich war guter Dinge und hoffte das Beste. In dieser Sitzung stellte mir der Kriegsminister in Aussicht, daß er 600 000 Mann Ersatz in kürzester Zeit frei machen könnte. Das war ja das, worum ich seit Monaten gebeten hatte, damit wir keine Divisionen auflösen brauchten, und die Truppen mehr zur Ruhe kommen und darum konnte ich gerade am 17. 10. die Lage auch erheblich günstiger ansehen, als dies ohne die 600 000 Mann natürlicher Weise nicht der Fall gewesen wäre. Ich hatte mich auch dahin ausgesprochen, man sollte Wilson klipp und klar fragen: Was willst du eigentlich von uns? Und durch diese klare Antwort hätte dann das aufgerufene Volk einen festen Resonanzboden gehabt. Admiral von Levetzow schrieb im Dolchstoßheft über die Sitzung am 17. Oktober:

„General Ludendorff gab in grandioser Darlegung und in klassischer Form eine klare Uebersicht von der militärischen Gesamtlage, im besonderen von der Westfront. Sie war im Ganzen weit günstiger, als man erwartet hatte." Ich glaubte, daß ich die Stimmung des Kriegskabinetts gerettet habe und fuhr nach Spaa zurück, denn an der Front wurde an diesem Tage bei der 8. Armee besonders heftig gekämpft. Kaum war ich weg, da setzten wieder Einflüsse ein, um das, was durch die Besprechung am 17. erreicht war, wieder zu Fall zu bringen. Um das möglich zu machen, berief Prinz Max von Baden, wie er sich ausdrückte, die drei besten Kenner der Psyche fremder Völker," das waren der schon recht alte, nicht mehr im Dienste befindliche Botschafter Graf Wolff-Metternich, dann der Gesandte in Kopenhagen Graf Brockdorff-Rantzau und der Gesandte im Haag, Rosen! Am Vormittag fand eine Sitzung statt, in der sich Herr von Payer wie am Tag vorher energisch und kräftig aussprach. Unter keinen Umständen dürfe die Marine eher zu kämpfen aufhören als die Armee. Auch Erzberger äußerte sich scharf gegen jedes Nachgeben in Richtung des U-Bootkrieges. Am Nachmittag hatten die „drei besten

Kenner der Psyche fremder Völker“ es fertig gebracht, die Stimmung im Kriegskabinett umzuwerfen und den U-Bootkrieg fallen zu lassen. Payer hatte absolut klar die Lage erkannt. Sein ganzes Verantwortungsgefühl war aber jetzt auf einmal verschwunden; das Verantwortungsgefühl, das ein demokratischer Minister in einem Ministerrat hat, besteht darin, daß er sagt: „Ich bin sehr tapfer gewesen; wenn ich überstimmt werde, werde ich überstimmt und bleibe.“ Aber das Gefühl: dann lege ich mein Amt nieder, kennt der demokratische Minister nicht. Das ist das ganze Unglück unserer Parteiherrschaft. Von diesem vollständigen Umfall bekamen wir erst Mitteilung in Spaa. Wir wandten uns mit größtem Ernst gegen diesen Umfall und wiesen darauf hin, daß wir damit den Weg zur Kapitulation beschritten. Dem Kriegskabinett, das immer gegen die O. H. L. war, war es fatal, daß die O. H. L. die neue Note der Reichsregierung nicht mehr deckte. Der „Vorwärts“ schrieb triumphierend: „Deutschland soll, das ist unser fester Wille als Sozialisten, seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben.“

Das war am 20. Oktober 1918. Damit beginnt unser Unglück, denn damit war klar, daß der Reichsleitung an einem Weiterkämpfen gar nichts mehr lag, sondern daß sie nichts wollte als den Weg des Friedens um jeden Preis mit Durchführung der Revolution von oben zu beschreiten.

Die Einleitung des Weißbuchs sagt die Worte: „Daher wäre ein Aufruf zum Endkampf nach der Auffassung der Reichsleitung, wenn man sich dazu entschließen wollte, auf die Dauer ohne Kraft gewesen.“ Solche Gedanken haben aber ernstlich überhaupt nie vorgelegen, sondern die Reichsregierung hat seit 3. Oktober die ganzen Verhandlungen als „unwiderruflich“ betrachtet. Wenn man mit solchen Gedanken an die Verhandlungen herangeht: „Wir müssen annehmer was uns gesagt wird,“ dann sind Verhandlunge [illegible]berhaupt nicht zu führen. „Es kam für die Sch[illegible]ot-gelben nur darauf

an, sich mit Wilson zu einigen, damit die Demokratisierung durchgeführt wurde. Was dabei aus Heer und Volk wurde, war diesen Schwarz-rot-gelben ganz gleichgültig."

Vortrag am 23. Februar 1926

Über die Vorgänge beim Waffenstillstand

Bei seinem Vortrage am 23. Februar schickte Ludendorff seinen mit Spannung erwarteten Ausführungen einige Bemerkungen über Mussolini und Italien voraus. Er verwies dabei auf die auffallende Erscheinung, daß gerade die Presse, die sonst in keiner Weise national eingestellt ist, mit ungeheurem Wutgeschrei über Mussolini herfalle, während dieselbe Presse über die Vergewaltigung der Deutschen in der Tschechei durch die neue tschechische Sprachenverordnung und die Vergewaltigung, der die Deutschen in Oberschlesien und in ganz Polen ausgesetzt sind, absolut schweigt. Hier muß man sich fragen, wie kommt das alles? **Ohne Mussolini entschuldigen zu wollen**, erkläre sich dieses Verhalten nur aus der Freimaurerarbeit, die dadurch beide Völker, die einen gemeinsamen Feind haben, gegeneinander hetzt. Man möge also in diesen Dingen alles, was in der Presse steht, nicht kritiklos hinnehmen, sondern sich stets fragen: **„Welche überstaatlichen Mächte stehen eigentlich dahinter?"** Ganz von selbst werden wir dann allmählich die richtige Antwort finden. Hier jedenfalls habe Frankreich, das bekanntlich von der überstaatlichen Macht der Freimaurer und des Judentums geleitet wird, das Interesse, Deutschland und Italien gegeneinander zu hetzen.

Auf sein eigentliches Vortragsthema übergehend, verwies der General nochmals wie vor 6 Wochen auf den 20. Okt. 1918 als den Tage, an dem die deutsche Regierung den Weg der Kapitulation beschritt und der „Vorwärts" diesen Schritt der Regierung mit seinem bekannten Wort quittierte. Ihm fehlte das letztemal das Schreiben, in dem die O.H.L. nochmals vor Abgang der Note an Wilson Einspruch gegen die Stellungnahme der Regierung erhob. In diesem Schreiben heißt es:

„..... Will das deutsche Volk um seine Ehre nicht nur in Worten, sondern tatsächlich bis zum letzten Mann kämpfen — (so hat es ja Prinz Max von Baden am 5. Oktober gesagt) — und sich damit die Möglichkeit des Wiedererstehens sichern, oder will es sich zur Kapitulation und damit zum Untergang vor der äußersten Kraftanstrengung drängen lassen? Mit der durch das Zugeständnis der Note bewirkten Preisgabe des U-Bootkrieges ohne jede Gegenleistung beschreiten wir den letzteren Weg. Wir würden zudem auf die Stimmung der durch die harten Kämpfe schwer geprüften Armee äußerst ungünstig einwirken. Ich kann daher der Note in diesem Punkte nicht zustimmen. Muß die Regierung, falls sie sich dieser Ansicht anschließt, damit rechnen, daß die Verhandlungen mit Wilson scheitern, so muß sie entschlossen sein, den Kampf bis zum letzten Mann unserer Ehre halber auszufechten. Ich kann mir trotz der ungemein schweren Lage der Armee keinen andern Weg denken und hoffe fest, daß die Regierung für diesen schweren Entschluß das ganze Vaterland hinter sich haben wird...."

Dieser Appell der O.H.L. verrauschte. Die Note ging ab, der U-Bootkrieg wurde fallen gelassen. Es war nun ganz klar, daß aus dem Auseinandergehen der Wege der O.H.L. und der Reichsregierung, was hier ganz offenkundig ausgesprochen war, allmählich ein Konflikt entstehen mußte und dieser Konflikt löste sich dann später durch meine Verabschiedung am 26. Oktober. Bevor ich darauf zu sprechen komme, möchte ich nocheinmal einiges hervorheben, was ich habe

am 17. Oktober gesagt: „Man frage nocheinmal Wilson, was er eigentlich wolle". Ich habe nochmals am Nachmittag des 17. Oktobers, als Solf die Frage aufgeworfen hatte, ob wir nicht eine etwas heftigere Form der Beantwortung der Note an Wilson wählen dürften, die unserer Würde entspreche, auch auf die Gefahr hin, daß Wilson abschnappe, geantwortet: „Ja, wir können es verantworten! Belassen wir die neue Note mit einer scharfen Tonart und schnappt Wilson ab, so sehen wir, daß er es nicht ehrlich gemeint hat." Der Reichskanzler sagte, daß Wilson aufgefordert werde, sich über die Bedingungen zu äußern. Die Note müsse der Prüfstein sein, ob er es ehrlich meine und die Macht besitze, seinen Willen durchzusetzen. Am 17. Oktober vormittags hat sich der Vizekanzler von Payer auch auf diesen Boden gestellt. Er schloß: „.... Wenn es gelingt, die Note so zu fassen, daß die Bevölkerung die Sicherheit entnimmt, wir sind zwar in einer schweren Lage, aber wir werfen die Flinte nicht ins Korn, — dann ist noch nicht alles verloren...." worauf ich antwortete, daß mir der Vizekanzler aus der Seele gesprochen habe. Am 19. Oktober hat er von all dem nichts gewußt und ließ sich von seinen Ministerkollegen überstimmen. Die Vorbemerkung des Weißbuches enthielt darüber: „Es war schon damals zu befürchten, daß Wilson später seine Grundsätze verletzen oder die Verletzung dulden würde. Aber da die Note selbst eine klare Verletzung noch nicht enthielt, hätte man sich im Falle des Abbruches der Verhandlungen auf einen klaren Wortbruch nicht berufen können..." Man tat nichts, um die Klärung herbeizuführen und trieb in den Abgrund, sah allerdings für sich den Erfolg der Revolution von Oben winken.

Wir wissen auch, daß die Regierung den Schritt, der am 5. Oktober begonnen war, als unwiderruflich ansah. Nun kommt man immer damit: man habe Zweifel gehabt, daß Wilson seine Grundsätze verletze, das heißt, daß der Friede etwas anders aussehen würde, als nach den bekannten Punkten Wilson's möglich sei! Es spricht daraus die ganze Unehrlichkeit und das schlechte Gewissen

der damaligen Reichsleitung. Denn tatsächlich waren von auswärts eine Anzahl von Nachrichten eingegangen, die darüber gar keine Zweifel ließen, was uns eigentlich blühte. Ich habe diese Nachrichten damals nicht bekommen und erst aus den verschiedenen Veröffentlichungen entnehmen können. So war schon am 15. Okt., also noch bevor diese Note beantwortet war, ein Telegramm aus dem Haag aus guter Quelle gekommen, des Inhalts, daß Lloyd George noch zwei Monate Krieg führen wolle, weil dann Deutschland derart besiegt sei, daß es annehmen muß, was man ihm auferlegt. Er wolle daher jetzt (zu diesen Verhandlungen) solche Bedingungen stellen, die Deutschland nicht annehmen könne. Nun interessiert es, die Bedingungen kennen zu lernen, von denen Lloyd George meint, Deutschland könne sie nicht annehmen: „Die Besetzung von Metz, sowie der Rheinbrückenköpfe, Abrüstung der Flotte, nicht etwa deren Uebergabe, Uebergabe der Unterseeboote.“ Er erwartete in Deutschland nach Ablehnung eine „levée en masse“ und kämpfen bis aufs Messer. Sie sehen daraus, wie damals die Bedingungen waren, von denen Lloyd George überzeugt war, daß Deutschland sie nicht annehmen würde. Vergleichen Sie das mit den Bedingungen, die wir infolge der Revolution bekommen haben!

Dann ist eine Note aus Bern von Prinz Hohenlohe vom 25. Oktober über die deutsche Staatsform eingetroffen des Inhalts: „Wilson scheint anzuerkennen, daß die Monarchie der Geschichte und Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes entspricht . . vermag aber die in Amerika selbst und in der ganzen Entente herrschenden Vorstellungen über die Person des Kaisers, seine Rolle im Kriege und seinen Einfluß auf die Leitung der inneren und äußeren Politik nicht mehr zu beseitigen. . .“ Prinz Hohenlohe fügte noch hinzu, daß die Note einen deutlichen Wink in der Abdankungsfrage des Kaisers enthält. Bedeutungsvoll ist noch nachstehende Agentennachricht vom 25. Oktober aus Bern: „Augenblicklich im französischen Hauptquartier Besprechung zwischen

Pershing und Foch wegen der zu stellenden Waffenstillstandsbedingungen. Noch nicht abgeschlossen. Bisher folgende Einsprüche: strikte Abweisung von Verhandlungen mit Ludendorff oder anderen Mitgliedern des Hauptquartiers (Das ehrt mich!), aber mit einer zu diesem Zwecke vom Reichstag erwählten Kommission (Heiterkeit), Rückzug bis zur Grenze, Besetzung des geräumten Gebiets durch die Alliierten. Verbleiben sämtlichen Kriegsmaterials in dem zu räumenden Gebiet. Besetzung von Straßburg und des übrigen Elsaß's."

Auf der einen Seite kann die Regierung wirklich nicht sagen, sie hätte gar nicht gewußt, was Wilson alles im Schilde führt. Andererseits können wir aber im allgemeinen sagen: die feindlichen Militärs wollten diese harten Bedingungen nicht und erst durch die Revolution sind sie dahin gekommen, viel mehr zu fordern als woran sie vorher gedacht haben. Sie ersehen genau, wie die Revolution die Forderungen der Entente, auch des Militärs, ganz erheblich gestärkt hat.

„Sie wissen, daß immer wieder der Wunsch der Regierung war, andere Heerführer zu hören und daß ich mich immer dem widersetzt hatte, weil ich sagte: die Verantwortung liegt allein beim Feldmarschall und bei mir. Kriegsrat gibt es nicht, wir sind stark genug, die ungeheuer schwere Verantwortung zu tragen. Ich habe, so lange ich im Amte war, diesen Standpunkt durchgedrückt. Kaum war ich weg, wurden andere Heerführer gehört. So die Generäle von Gallwitz und Mudra. Nun haben diese auch nichts anders ausgesagt als ich seinerzeit. Die Regierung hatte sich beschwert, daß ich auf ungeheuer viele Fragen gesagt hätte, das ließe sich im Kriege nicht mit absoluter Gewißheit voraussagen. Es sind viele Faktoren vorhanden, die man eben als Führer nicht in der Hand hat. Ich habe mich immer guten Mutes ausgesprochen. Nun wollte sie wohl von General Gallwitz und Mudra hören, daß alles verloren sei, und sah sich sehr enttäuscht, daß diese Generäle sich ebenso ausdrückten wie ich. Zum Beispiel

hatte von Payer gefragt: was für Aussichten hätten wir bei einem Weiterkämpfen und wann würde der Zeitpunkt eintreten, wo wir unterliegen müßten? (Heiterkeit). Da hat Gallwitz sehr richtig gesagt: auf eine bestimmte Zeit könne er sich nicht festlegen, jetzt käme der Winter, dann würden wir etwas Ruhe haben, halten wir im Winter durch, dann würden wir einen besseren Frieden bekommen! Genau dasselbe, was ich auch gesagt habe.

Dann schildert er die Lage wie folgt: Unsere Kräfte haben zweifellos gut gehalten, es steckt also in unseren Truppen ein guter Kern, sie enthalten viele Elemente, die widerstandsfähig sind. Die Einwirkung aus der Heimat hat sich ungünstig bemerkbar gemacht, ebenso hat oft der Heimaturlaub schlecht gewirkt. Die Leute seien oft in schlechterer Stimmung aus der Heimat zurückgekommen als sie hingegangen seien. Ungünstig habe sich auch bemerkbar gemacht, daß die Presse aller Richtungen ungehindert im Heere habe verbreitet werden dürfen. Die Einflüsse der politischen Vorgänge in der neuen Zeit äußern sich in der schlechten Stimmung gegen das Weiterkämpfen und in der Disziplin. Die Drückebergerei habe erschreckenden Umfang angenommen, besonders in Waldgefechten. Trotzdem könne die Armee noch als widerstandsfähig hingestellt werden, aber es müßten gewisse strategische Maßnahmen getroffen werden, damit die Stimmung in der Armee gehoben würde. Ein allgemeiner Appell an das deutsche Volk muß von allen Seiten gemeinsam ausgehen, in dem das Trennende zurückgestellt wird!— Das ist genau Dasselbe, was ich auch getan habe.

Interessant ist noch, was auch der General Gröner am 5. November über die Stimmung im Heere sagte. Das war der Mann, auf dessen Urteil bei seiner inneren Verwandtschaft zu dem Kabinett das Kriegskabinett ganz besonderen Wert hätte legen müssen. General Gröner sagt zusammenfassend, daß die militärische Lage sich weiter verschärft habe. „Was wir von der Heimat fordern, ist nicht Kritik und Polemik, sondern Stärkung von Herz und Seele. Wenn nicht schleunig Wandel

geschieht, richtet die Heimat das Heer zu Grunde. Das habe ich pflichtgemäß hier zu erklären. **Ebenso hat mich der Generalfeldmarschall beauftragt, in der Frage der Abdankung des Kaisers zu erklären, daß er sich für einen Schuft hielte, wenn er den Kaiser verlassen würde**, und so, meine Herren, denke ich und alle ehrliebenden Soldaten. Wie sollen die Tausende und Abertausende von tapferen Offizieren und Soldaten den Entschluß zum Opfertode finden, wenn in ihre Herzen und Gewissen der Zwiespalt hineingetrieben wird? Wovon man in der Heimat keine Ahnung zu haben scheint, das ist die Psychologie des Heeres, das sind die Imponderabilien, auf denen der Gehorsam ruht. **Hört die Hetze gegen den Kaiser nicht auf, so ist das Schicksal des Heeres besiegelt, es läuft auseinander.** In der nach der Heimat zurückströmenden Soldateska bricht die menschliche Bestie hervor. Des Generalfeldmarschalls und meine Gesamtauffassung ist: Der schlimmste Feind, dessen das Heer sich zu erwehren hat, ist die Entnervung durch die Einflüsse der Heimat, ist der drohende Bolschewismus."

Das liest sich sehr schön — wenige Tage später hat er, Gröner, mit Herrn Ebert ein Bündnis abgeschlossen!

In jenen Tagen, von der O. H. L. unbemerkt, machte sich ein Reißen im Bau des Bismarckreiches fühlbar.

Wir wissen, daß es unwidersprochen geblieben ist, daß der jetzige bayerische Ministerpräsident Held im Oktober 1918 geneigt war, einen Sonderfrieden mit Frankreich abzuschließen.

Weiter einige charakteristische Proben, so ein Telegramm vom 25. Oktober des Gesandten von Treutler an den Reichskanzler: „Ich erfülle eine schwere Pflicht, wenn ich Eurer Großherzoglichen Hoheit melde, daß hier in Bayern von berufener Seite die gestern Abend bekanntgegebene Antwort Wilson's so gedeutet wird, daß sie sich in ihrem letzten Abschnitt direkt gegen die Person des Kaisers kehrt. Der Ministerpräsident und der Kriegsminister sind der Ansicht, der Wortlaut der Note lasse andere Deutung nicht zu; durch die verhüllte Ausdrucksweise solle lediglich Gelegen-

heit gegeben werden, den schmerzlichen Schritt freiwillig zu tun. In jedem Falle treten die Genannten dafür ein, daß Seiner Majestät offen dargelegt werden müsse, daß die Feinde keinen annehmbaren Frieden bewilligen würden, wenn das große Opfer nicht gebracht würde . . . Graf Lerchenfeld habe die entsprechende Instruktion erhalten." Ein weiteres Telegramm des Gesandten von Treutler vom 2. November aus München lautet: „Unabhängige Sozialdemokraten werden morgen hier eine Versammlung abhalten, die die Abdankung des Kaisers fordern wird."

Ferner berichtet ein Telegramm aus Bern: „Besonders schädlich scheint eine Nachricht bei der Entente gewirkt zu haben, wonach im Bundesrat von Bayern die Abdankung des Kaisers gefordert worden sei. Es wird sogar behauptet, daß Bayern Abgesandten der Entente zu verstehen gegeben hätte, daß Bayern sich von der Reichspolitik unter Umständen lossagen würde. Von zwei verschiedenen Seiten wird mir berichtet, daß in der Entente mit Bayerns Sonderbestrebungen ernst gerechnet wird. . . ." Ein charakteristisches Schlaglicht, das man über die damalige bayerische Politik aus diesen Depeschen bekommt!

Ich weise darauf hin, daß die Regierung wußte, wie es mit der Abdankung des Kaisers eigentlich stand, wie sie sich von allen Seiten berichten ließ, der Kaiser müsse abdanken. Da möchte ich auch noch eine Erklärung des Prinzen Max vorlesen, die er am 9. August 1919 in der „Frankfurter Zeitung" veröffentlicht hat:

„Um der Agitation der Unabhängigen und der feindlichen Propaganda in Deutschland das Rückgrat zu brechen, gab es seit dem Eintreffen der Wilson-Note vom 23. Okt. nur ein Mittel: Das war der freiwillige und würdige Thronverzicht des Kaisers. Damals stand zu erwarten, daß eine solche Opfertat entweder unsere internationale Lage verbessert oder, was das Wahrscheinlichere war, den Präsidenten Wilson und seine Verbündeten als wortbrüchig entlarvt und damit das deutsche Volk zu einem neuen Zorn gegen die Feinde geeint hätte, wenn

nicht zum militärischen Widerstand, so doch zur moralischen Abwehr." (Heiterkeit)

Auch hier hielt der erste Ratgeber des Kaisers am 23. Okt. für notwendig, den „freiwilligen und würdigen" Thronverzicht des Kaisers. Das halten Sie fest, um zu sehen wie von dieser Seite mit Seiner Majestät dem Kaiser unglaublich gespielt worden ist. Seine Majestät der Kaiser wurde vollständig im Unklaren gelassen über das, was ihm zugedacht war.

Nun komme ich zu dem Konflikt, der mit meinem Abgange endete. Am 20. Oktober hatte die deutsche Regierung den U-Bootskrieg fallen gelassen und den Weg zur Kapitulation beschritten. Und ich kann immer wieder den 20. Oktober als den Tag bezeichnen, von dem aus unser Unglück beginnt. Ludendorff erinnert nun an die Verhandlungen Thiers mit Bismarck unter Kaiser Wilhelm, die damals unverrichteter Dinge abgebrochen wurden. Warum haben unsere Unterhändler das nicht getan? Bei begonnenen Verhandlungen ist jeder vollständig frei. Erst wenn die Unterschrift steht, ist man gebunden. Mit der Note war der Weg zur Kapitulation beschritten.

Trotz dieser unwürdigen Haltung hielt wenige Tage darauf Reichskanzler Prinz Max von Baden eine schöne Rede im Reichstag. Sie ist etwas lang, aber ich möchte sie Ihnen doch wenigstens zum Teile vorlesen, weil sie mir außerordentlich charakteristisch erscheint für die damalige, noch mehr für unsere heutige Politik. Prinz Max von Baden war Freimaurer und diese Freimaurerpolitik führen wir heute noch. Prinz Max sprach von verschiedenen Möglichkeiten:

„Auf der einen Seite erheben diejenigen unserer Feinde laut ihre Stimme, die sich einbilden, der Augenblick sei nahe, in dem sie all die angesammelten Leidenschaften des Hasses und der Rachsucht auf dem Boden unserer deutschen Heimat befriedigen können; auf der anderen sind sich die aufrichtigen Anhänger des Völkerbundes vollständig klar darüber, daß der Grundgedanke des neuen Glaubens heute seine

entscheidende Probe besteht ..... Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt hat, der hat zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kampflos einem Gewaltfrieden zu beugen. Eine Regierung, die hierfür kein Empfinden hat, wäre der Verachtung des kämpfenden und arbeitenden Volkes preisgegeben. Sie würde vom Zorn der öffentlichen Meinung weggefegt ......"

Es hat sich noch keiner selbst ein solches Denkmal gesetzt, wie Prinz Max von Baden mit diesem Kriegskabinett. Und leider wurde es nicht hinweggefegt. Dann fährt Prinz Max von Baden fort:

„.... Aber, meine Herren, auch die zweite Möglichkeit müssen wir schon heute in ihrer ganzen Tragweite ins Auge fassen. (Nur um diese handelt es sich für den Prinzen Max von Baden). Das deutsche Volk darf nicht blind an den Verhandlungstisch geführt werden. Die Nation hat heute ein Recht, die Frage zu stellen: wenn nun ein Friede auf der Basis der Wilson'schen Bedingungen zustande kommt, was bedeutet das für unser Leben und unsere Zukunft? Erst unsere Antwort auf die Fragen des Präsidenten hat, nach dem Widerhall der öffentlichen Meinung zu schließen, dem deutschen Volke zum Bewußtsein gebracht, um was es sich handelt. Jetzt will es Klarheit haben .... Für unsere ganze Zukunft wird es von entscheidender Bedeutung sein, in welchem Geiste wir dieser notwendigen Entwicklung folgen .... Aber wenn wir eingesehen haben, daß der Sinn dieses furchtbaren Krieges vor allem der Sieg der Rechtsidee ist, (die Vergewaltigung Deutschlands ist also für den Prinzen Max eine **Rechts**frage!), und wenn wir uns dieser Idee nicht widerstrebend unterwerfen, nicht mit inneren Vorbehalten, sondern mit aller Freiwilligkeit, so finden wir darin ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart und eine Aufgabe für die Kräfte der Zukunft. An dieser Aufgabe wird das deutsche Volk mit allem

sachlichen Ernste und aller Gewissenhaftigkeit mitarbeiten, die unser Erbteil sind."

Dieser Reichskanzler erinnert an die Reden Stresemanns. Mit diesem „Recht" wird das deutsche Volk immer mehr in den Abgrund geführt. Bemerkenswert war noch ein Wort des Prinzen Max an das Heer: „Die Heimat läßt Euch nicht im Stich. Was das Heer braucht, wird die Heimat geben." Was das Heer brauchte, hat die Heimat zu jener Zeit überhaupt nicht mehr gegeben!

Nun kam die dritte Wilson-Note, die klipp und klar, wie zu erwarten war, die Kapitulation verlangte und uns in Aussicht stellte, daß wir Kriegsentschädigungen zahlen müssen, wie wir es heute erleben, wo jetzt noch nicht die Schlußsumme festgestellt ist, was wir so oft vergessen. Die Note kam am 24. Oktober. Sie war so ungeheuerlich, daß die O. H. L. in der Gedankenverbindung des 17. Oktober, wo wir sagten, wir wollen klar sehen und dann weiter kämpfen, nun nur noch an ein Weiterkämpfen dachte. Wir fragten in Berlin an, wie denn eigentlich dort die Gedankenrichtung sei und wir bekamen die Mitteilung, daß auch die Reichsregierung nunmehr zum Weiterkämpfen entschlossen sei. Daraufhin gab die O.H.L. am 24. Oktober folgende Weisung an die Truppen:

„Wilson sagt in seiner Note, er wolle seinen Bundesgenossen vorschlagen, in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten. Der Waffenstillstand muß aber Deutschland militärisch so wehrlos machen, daß es die Waffen nicht mehr aufnehmen könne. Ueber einen Frieden würde er mit Deutschland nur verhandeln, wenn dieses sich den Forderungen der Verbündeten in Bezug auf seine innere Gestaltung völlig füge; andernfalls gebe es nur die bedingungslose Unterwerfung.

Die Antwort Wilsons fordert die militärische Kapitulation. Sie ist deshalb für uns Soldaten unannehmbar. Sie ist der Beweis, daß der Vernichtungswille unserer Feinde, der 1914 den Krieg entfesselte, unvermindert fortbesteht... Wilsons Antwort kann daher für uns Solda-

ten nur die Aufforderung sein, den Widerstand mit äußersten Kräften fortzusetzen. Wenn die Feinde erkennen werden, daß die deutsche Front mit allen Opfern nicht zu durchbrechen ist, werden sie zu einem Frieden bereit sein, der Deutschlands Zukunft gerade für die breiten Schichten des Volkes sichert."

Wir setzten uns gleich um 10 Uhr abends auf die Bahn und fuhren von Spaa nach Berlin, um noch mit Seiner Majestät dem Kaiser und der Reichsregierung die entscheidende Rücksprache zu halten. Als wir in Berlin am anderen Nachmittag gegen 2—3 Uhr eintrafen, hörten wir schon, daß diese Weisung an die Truppen Herrn Haase sehr mißfallen habe. Die Mitteilung über unsere Weisung erhielt er durch einen sozialistischen Telegrafisten in Kowno. Wir erfuhren ferner, daß die Rede des Herrn Haase im Reichstag es durchgesetzt hat, daß durch die Stellen in Spaa die Verfügung angehalten worden war. (Bewegung). Wir fuhren zum Kaiser und hatten einen längeren Vortrag mit ihm. Ich schlug dem Kaiser in Gegenwart des damaligen Chefs des Civilkabinetts Delbrück vor, es müsse weiter gekämpft werden. Der Kaiser nahm keine Stellung und wies uns an den Reichskanzler Prinz Max. Dieser war krank — ob er wirklich krank war, weiß ich heute noch nicht. Wir hatten deshalb eine Rücksprache abends 9 Uhr mit dem Vizekanzler von Payer. Diese Rücksprache war das Erschütterndste, was ich vielleicht in meinem ganzen Leben erlebt habe. Bevor ich darauf komme, möchte ich Ihnen noch eines nicht vorenthalten, wie schön der Vertreter des Auswärtigen Amtes, der später so berühmte Herr von Lersner, der sich in Paris geschickt einen sehr guten Abgang geschaffen hat, über die O. H. L. berichtete, während wir auf der Fahrt von Spaa nach Berlin begriffen waren. Herr von Lersner telegraphierte, daß die O.H.L. heute Nachmittag zusammen mit Herrn von Hintze in Berlin eintreffen wird, sehr „wild" sei und auf eine Ablehnung des Waffenstillstandes dringen werde. Auf Grund seiner Information könne er nur auf das Dringendste davor

warnen, den Versprechungen der O.H.L. Glauben zu schenken und sich in der eigenen eingeschlagenen Friedenspolitik beirren zu lassen. Die militärische Lage sei ebenso hoffnungslos wie vor drei Wochen ...

Sie sehen, wie die Berichterstattung des Mannes ist, mit dem wir jahrelang in der O.H.L. haben zusammen arbeiten müssen.

Um 9 Uhr kamen wir in die Wilhelmstraße in Berlin, in das schöne Palais, in dem der Vizekanzler von Payer sich eingerichtet hatte. Ich möchte Ihnen vorlesen, was Admiral von Levetzow, der dabei war, in den „Süddeutschen Monatsheften" ausgeführt hat:

„Die Besprechung begann um 9 Uhr abends in der Dienstwohnung des Vizekanzlers ...." das ist derselbe Payer, der am 17. Oktober ganz klar die Lage übersehen und der auch nun am 19. Oktober durch Ueberstimmung bei der Beantwortung der Wilson-Note nachgegeben hatte. Levetzow fährt fort: „Der anwesende Kriegsminister griff nicht ein. Als die berufene Mittelsperson zwischen Kriegführung und Politik, mußte erwartet werden, daß er jetzt dem vaterlandslosen Gebahren des Vizekanzlers auf das Entschiedenste entgegentrat. General Scheuch hat dies in schwerster Stunde unterlassen. Der Feldmarschall und General Ludendorff erklärten, daß die Westfront den Winter über halten werde. Vergebens! Herr von Payer wollte den Angaben keinen Glauben schenken; er wollte sich von anderen Generalen aus der Front ein Bild geben lassen. Vor allem hatte er jeden Glauben an die Widerstandsfähigkeit des Volkes und Heeres verloren.

Als im Laufe der Besprechung von General Ludendorff das Wort „Soldatenehre" fiel, erwiderte der Vizekanzler: „Ich kenne keine Soldatenehre ..." Darauf General Ludendorff: „Dann, Eure Exzellenz, werfe ich Ihnen und ihren Kollegen die ganze Schmach des Vaterlandes ins Gesicht. Und ich warne Sie, wenn Sie es jetzt so gehen lassen,

dann werden Sie in wenigen Wochen den Bolschewismus im Lande haben. Dann denken Sie an mich!“

„Nun, nun, Eure Exzellenz“, erwiderte Herr von Payer, „ich hege diese Befürchtung nicht. Die Beurteilung dieser Verhältnisse müssen Sie schon mir überlassen, das verstehe ich nun besser.“ (Heiterkeit bei den Zuhörern Ludendorffs.)

„Es hat keinen Zweck, mit Ihnen, Herr von Payer, weiterzureden“, so schloß Ludendorff, „wir beide, Sie und ich, wir verstehen uns nicht und werden uns niemals verstehen, niemals zusammenkommen, wir leben in verschiedenen Welten. Ich breche hiermit das Gespräch ab.“ (Bei diesen Worten des Berichts v. Levetzows erfolgte stürmischer Beifall bei den Zuhörern Ludendorffs.)

Nun war dieses Gespräch beendet; ich sagte den Herren, die mich erwarteten, in 14 Tagen haben wir keinen Kaiser mehr! Der Chef des Zivilkabinetts, Herr von Delbrück, telegraphierte nach Potsdam an Seine Majestät, er bitte für etwa 12 Uhr Mitternacht um dringenden Vortrag.

Nun schreibt Herr von Moltke darüber im „Fridericus“, daß der Kanzler Prinz Max, gedrängt von der Regierung, die Kabinettsfrage gestellt hatte, da er nicht dulden könne, daß sich die O.H.L. in die Politik mische. Der Wille der O.H.L. zum Weiterkämpfen war für dieses Kabinett untragbar und naturgemäß untragbar meine Person. Entweder Ludendorff oder er, Prinz Max — so lautete die Forderung. Von diesem Telegramm habe ich erst jetzt erfahren. Ich hatte wohl etwas läuten hören, aber in dieser authentischen Form erst aus dem „Fridericus“. Ich hatte erkannt, daß nach dieser Ablehnung, die ich bei der Reichsregierung gesehen hatte, ein Bleiben für mich in der O.H.L. unmöglich war. Ich konnte meinen Namen nicht mehr für eine Sache hergeben, die ich

dem deutschen Volke gegenüber nicht verantworten konnte. Wir hatten damals den Waffenstillstand gefordert in der klaren Erkenntnis: Entweder einen annehmbaren Frieden in Ehren oder Weiterkampf. So war es bis zum 20. Oktober gegangen. Von da ab spaltete sich der Weg. **Es sollte** kapituliert werden, das konnte ich nicht mitmachen, das war gegen meine Soldatenehre. Ich war fest überzeugt, daß dann der Wille zum Kämpfen dagewesen wäre und ein solcher Friede nie eingetreten wäre. So schrieb ich auf meinem Büro mein Abschiedsgesuch. Darauf kam der Feldmarschall zu mir ins Zimmer, sah mein Abschiedsgesuch liegen, und ich meldete ihm diese meine Absicht, da ich die Unhaltbarkeit der Situation vollkommen erkannte. Er bat mich, davon Abstand zu nehmen, es würde gleich Herr von Berg kommen, mit dem wir noch über die ganze Lage sprechen sollten. Ich war einverstanden. Da kam Oberst von Haeften und sagte, wir würden gleich zu Seiner Majestät dem Kaiser bestellt und es würde sich darum handeln, daß ich verabschiedet würde, ob auch der Feldmarschall, das stünde noch dahin. Es wurde antelephoniert und wir fuhren hin.

Ueber die Vorgänge dort zu sprechen, das erlassen Sie mir. Ich möchte nur anfügen: Als ich sagte: Euer Majestät, ich muß gehen, antwortete der Kaiser: **Sie tun mir einen Gefallen, wenn Sie gehen, denn ich muß mir mit Hilfe der Sozialdemokratie ein neues Reich aufbauen!** (Große Bewegung bei den Zuhörern Ludendorffs.) Daraus ersehen Sie, wie dieser Monarch getäuscht worden ist. Das ganze Kabinett, der Reichskanzler selbst, hat bereits am 24. Oktober geschrieben, daß nur eine Abdankung des Kaisers in Frage käme, und trotzdem hat man den Monarchen noch in diesem Wahn gelassen! Das ist ein Handeln, wie man es gar nicht genug brandmarken kann. Es liegt nicht die Schuld beim Kaiser, sondern bei diesen ungetreuen Ratgebern, besonders dem Prinzen Max von Baden. Noch eines über diese Unterredung! Der Oberstleutnant Rie-

mann hat ein Buch geschrieben, in dem, scheinbar als Begründung meines Abschiedes, steht, ich sei gegen Seine Majestät den Kaiser unehrerbietig gewesen! Ich bin nie unehrerbietig gewesen, und habe, wo es am Platze war, ganz offen und in der Haltung, die sich geziemt, meine Meinung gesagt, auch an diesem Tage, so daß Generaloberst v. Plessen mich beglückwünschte über die Haltung, die ich eingenommen hatte. Niemand hat es je beliebt, es so darzustellen, als ob meine Verabschiedung ihren Grund in einem unehrerbietigen Verhalten dem Kaiser gegenüber habe. Oberstleutnant Niemann hat dies fertig gebracht! Als er mir das Buch zuschickte, habe ich es ihm zurückgeschickt. Da war er außer sich. Meine Verabschiedung war bereits um Mitternacht beschlossen. Damit war auch meine Tätigkeit in der O.H.L. beendet und die Ereignisse nahmen dann den Lauf, den Sie leider alle kennen. Heute besteht für mich kein Zweifel, daß der Zweck der Verabschiedung war: Den Mann aus der O.H.L. zu entfernen, von dem man wohl fürchtete, daß er die Revolution, so wie sie nachher gekommen ist, nicht geduldet haben würde!" (Stürmischer, anhaltender Beifall, alle Anwesenden erheben sich unter lauten Zurufen.) stb.



Reden aus völkischer Zeit. Von Dr. Albrecht Hoffmann.
1. Der 9. November 1923 im Lichte der völkischen Freiheitsbewegung. 20 Pfg.
2. Von der Erweckung eines schlafenden Volkes. Preis 25 Pfg.
3. Rom, Juda und wir. Preis 25 Pfg.

Die große Täuschung. Von Prof. Dr. Friedrich Delitzsch. I. Teil: Kritische Betrachtungen zu den a ttestamentlichen Berichten über Israels Eindringen in Kanaan, die Gottesoffenbarung vom Sinai und die Wirksamkeit der Propheten. Preis Mk. 2.50.

Die große Täuschung. II. Teil. Fortgesetzte kritische Betrachtungen zum Alten Testament, vornehmlich den Prophetenschriften und Psalmen, nebst Schlußfolgerungen. Preis Mk. 2.—.
Beide Teile zusammen in Einem Band gebunden Mk. 6.—.

Die Judenfrage. Mahnrufe an den Deutschen V. A. O. D. Von Br∴ Armin und Gottfried. Preis 80 Pfg.

Die Eroberung der Welt durch die Juden. Von O. Bey. Preis 50 Pfg. — (Die Juden sagen, dies Buch sei „voll der perfidesten und gehässigsten Angriffe gegen die Juden", weil — es die internationale Judenschaft schildert, wie sie ist. Der Verfasser — Osman Bey — war selber Jude!)

Jahwe's Doppelgesicht im Alten Testament im Lichte der Bibel. Von Pfarrer Karl Haug. Preis 80 Pfg. — Eine Aufklärungsschrift für alle, welche von religiösen Angstzuständen erfüllt sind, ob der Antisemitismus sich mit Bibel und Christentum verträgt.

Der Talmudjude. Zur Beherzigung für Juden und Christen aller Stände dargestellt von Prof. Dr. Aug. Rohling. Preis Mk. 1.—.

Der jüdische Kriegsplan zur Aufrichtung der Judenweltherrschaft im Jahre des Heils 1925. Nach den Richtlinien der Weisen von Zion. Preis 15 Pfg.

Das jüdische Problem. Ein wissenschaftlicher Versuch. Von Pfarrer Auer. (Eine theologische Begründung des Antisemitismus in der Bibel.) Preis 30 Pfg.

Jüdische Sittengesetze. (Auszug aus dem Talmud und Schulchan Aruch. Preis 15 Pfg.

Gutachten über den Schulchan Aruch. Von Prof. Dr. J. Gildemeister. Preis 20 Pfg.

Was ist jüdischer Geist? Nach John Retcliffe. Preis 10 Pfg.

Gibt es einen jüdischen Ritualmord? Verhandlungen über die Judenfrage im Hause der österreichischen Abgeordneten am 10. und 16. Nov. 1899. Preis 20 Pfg.

Der Ritualmord in Konitz. Mitgeteilt von Otto Feuerstein. 30 Pfg.

Der Blutrausch des Bolschewismus. Von R. Nilostonski. Mk. 1.20. Berichte eines Augenzeugen über die Schreckensherrschaft der Bolschewisten in Rußland. Die Schreckenshäuser, Menschen-Schlachthäuser, sowie der gewaltige Kampf des russischen Arbeiters gegen die bolschewistische Tyrannei mit genauen Angaben und photographischen Beilagen.

Briefe von Dunkelmännern. Von Egbert Meinert. Preis geb. Mk. 2.50. Wenn irgend etwas die Eigenart jüdischen Denkens und Handelns und die völlige Artfremdheit der semitischen Rasse gegenüber der deutschen arisch-germanischen in hellstem Lichte erkennen läßt, so sind es diese „Briefe von Dunkelmännern".

Weltende und Weltwende. Von Dr. Georg Lanz von Liebenfels. 30 Pfg.

Monita secreta. Die geheimen Instruktionen der Jesuiten. Lateinisch und deutsch. Preis Mk. 1.—.

Jesuitenstreiche. Mitgeteilt v. O. Feuerstein.
1. Teil: Die Jesuiten als Erbschleicher und als konfessionelle Hetzer. Mk. 1.—.
2. Teil: Die Jesuiten als Mörder. Mk. 1.—.
Teil 1 und 2 zusammengebunden. Mk. 3—.
3. Teil: Der Jesuitenstaat Paraguay. Die Aufhebung des Jesuitenordens. Mk. 1.—.

Die Notwendigkeit der Ausweisung der Jesuiten aus Deutschland. Rede des Reichstagsabgeordneten Eduard Windthorst im Reichstag am 15. Mai 1872. 15 Pfg.

Die ultramontane Gefahr. Von Otto Feuerstein. Preis 10 Pfg.

Rom und die deutsche Gegenwart. Von Alfred Miller. Preis 10 Pfg.

Mehr Licht! Der Orden Jesu in seiner wahren Gestalt und in seinem Verhältnis zum Freimaurer- und Judentum. Von H. Ahlwardt. Preis Mk. 1.—.

Savonarola. Tragödie in 6 Aufzügen von Willy Tharann. Preis Mk. 1.—.

Die „Ernsten Bibelforscher". Von L. Mitsch. Preis 40 Pfg.
Mit einem Anhang: Die Gerichtsverhandlung in St. Gallen. Ein überzeugender Nachweis des Zusammenhangs der „Ernsten Bibelforscher" mit dem internationalen Judentum, in dessen Auftrag die „Ernste-Bibelforscher-Bewegung ins Leben gerufen wurde zum Zwecke der Zersetzung des christlichen Kirchenvolks durch Irrlehren.

Die „Ernsten Bibelforscher", auch Milleniumsleute oder Russelianer genannt. Von Karl Haug. Preis 10 Pfg. — Die „Ernsten Bibelforscher" sind Agenten des internationalen Judentums; die Rolle, die die Marxisten unter den Arbeitern spielen, spielen die „Ernsten Bibelforscher" unter den Frommen im Lande. Bolschewistische Ideen in frommer Maske.

Die Anthroposophische Bewegung und ihr Prophet (Dr. Rudolf Steiner). Von Max Seiling. Preis 80 Pfg.

Die Gleichheit aller Menschen vor Gott und ihre Beziehungen zur Sozialdemokratie. Von W. Spark. Geh. 1.50; gebd. 2.—.



Lest die „Deutsche Wochenschau"

Achtung freie Deutsche!

Die ständige Kampfwaffe Ludendorffs ist seine Wochenschrift:

Deutsche Wochenschau

Völkische Feldpost

Berlin SW 68, Zimmerstraße 7

Bezugspreis monatlich 1 Mark / Durch die Post zu beziehen

Jede Woche erscheint in dieser Wochenschrift als Ergänzung der Schriften des Generals Ludendorff neue und weitere wichtigste Kampfaufklärung über die Verbrechen der überstaatlichen Mächte in Vergangenheit und Gegenwart, die zu verbreiten, vor allem für das Deutsche Volk, aber auch für alle Völker der Erde lebensnotwendig ist. Aber darüber hinaus wird in der Deutschen Wochenschau dem Deutschen Volke und allen Völkern der Erde der Weg zur Arterhaltung und Freiheit und die schöpferische Gestaltung einer lebendigen, wehrwilligen Volkseinheit und der sie und ihre politische, kulturelle und wirtschaftliche Selbständigkeit sichernden Staatsform gezeigt.

Durch die Aufsätze des großen Feldherrn und Befreiers von den überstaatlichen Mächten General Ludendorff und der großen Philosophin Dr. Mathilde Ludendorff (von Kemnitz) hat die Wochenschrift weltgeschichtliche Bedeutung und die verflossenen Jahrgänge sind heute schon gesuchte, hochbewertete Dokumente.

Die Schriftleitung der Deutschen Wochenschau.

Jeder Deutsche liest die „Deutsche Wochenschau!"

Der Feldherr Erich Ludendorff und seine Frau Dr. Mathilde Ludendorff schrieben in den Jahren 1926 bis zum April 1929 Beiträge für die **„Deutsche Wochenschau"**. Ab Mai 1929 bis zum Verbot durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 veröffentlichten beide ihre Beiträge in der Wochenschrift **„Ludendorffs Volkswarte"**. Ab 1933 bis 1939 schrieben beide in **„Am Heiligen Quell Deutscher Kraft – Ludendorffs Halbmonatsschrift"**. Digitalisiert als Leseproben jeweils im Internet unter www.archive.org, www.scribd.com oder anderer Quellen erhältlich. Ansonsten digitalisiert im PDF-Format zu beziehen beim Verlag Hohe Warte (www.hohewarte.de, E-mail: vertrieb@hohewarte.de) oder unter www.booklooker.de.